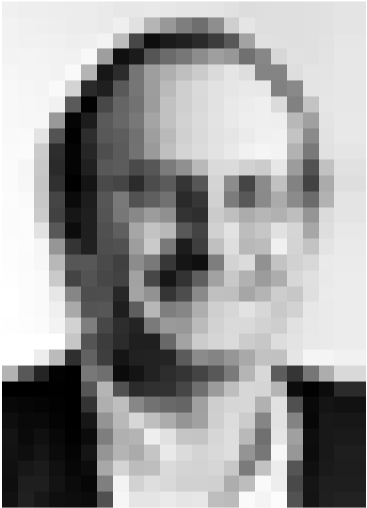


STROMLIBERALISIERUNG

"Der freie Markt birgt Gefahren"

Die hohen Luxemburger Einspeiseprämien für erneuerbare Energien vertragen sich mit den Prinzipien des freien Wettbewerbs. Ist die EU-Stromliberalisierung also umweltverträglich? Wir unterhielten uns mit Claude Turmes, Europa-Abgeordneter und Berichterstatter für die neue Stromdirektive im Europaparlament.



Claude Turmes ist seit 1999 Europaabgeordneter der Grünen.

Am 3. November ist er ab 19 Uhr zu Gast in der Arte-Sendung: "Für eine bessere Umwelt - mehr oder weniger Europa?"

w maxx: Worum geht es bei der neuen Direktive zur Stromliberalisierung?

Claude Turmes: Durch die vorhergehende Direktive wurden die Märkte schrittweise geöffnet. Weil jetzt in bestimmten Ländern wie Deutschland der Stromverkauf vollständig liberalisiert ist und in anderen erst zu 30 Prozent, entstehen Wettbewerbsverzerrungen. Das Ziel der zweiten Direktive ist, die vollständige Öffnung zu beschleunigen. Daneben ist es mir aber auch wichtig, dass nach der "wilden" Deregulierung jetzt auch ökologische, soziale und demokratische Überlegungen einbezogen werden.

Meine Rolle als Berichterstatter gibt mir die Möglichkeit, Änderungen am Textvorschlag der Kommission im Parlament zu unterbreiten und dann eine Mehrheit für diese zu suchen. Das wird ein schwieriger Prozess werden, bei dem ich, selbst durch geschickte Allianzen und Kompromisse, realistischweise nur einen Teil meiner Vorschläge umsetzen können. Der im Parlament gestimmte Text wird im Rat der Energieminister verhandelt. Am Ende dieses Prozesses steht dann eine neue EU-Richtlinie, die für alle EU-Länder verbindlich ist.

Was sind die Haupt-Konfliktpunkte?

Der erste Punkt berührt die Versorgungssicherheit: Wird es genügend Investitionen in neue Anlagen geben, um einen Einbruch wie in Kalifornien zu verhindern? Wie viel muss man da reglementieren? Sodann stellt sich die Frage, wie der freie Markt sich auf Stromverbrauch und umweltverträgliche Stromproduktion auswirken wird. Drittens besteht die Gefahr, dass es zu Arbeitsplatzverlusten und sozialen Verschlechterungen im Stromsektor kommt. Schließlich gibt es das Problem der demokratischen Kontrolle. Wer trifft die Entscheidungen - die Politik oder die Wirtschaft? Nach den Monopolen der nationalen Stromkonzerne wie Cegedel oder EDF könnte es zur Bildung von Oligopolen, die den EU-Markt beherrschen, kommen.

Was lässt sich gegen solche neuen Monopole tun?

Zum einen könnte man die verschiedenen Geschäftsbereiche aufspalten, damit nicht eine Firma vom Kraftwerk bis zur Steckdose alles beherrschen kann. Eine Verschärfung des EU-Wettbewerbsrechts, zum Beispiel die Begrenzung des Marktanteils auf EU-Ebene auf fünf Prozent, wäre auch eine Hilfe. Die besten Chancen sehe ich bei den Regulierungsbehörden: Wie bei einem wichtigen Fußballspiel - hier geht es um viel Geld, um die Umwelt und um das Soziale - brauchen wir einen

Schiedsrichter, der stark und kompetent ist.

Welche Rolle spielen die "obligations de service public"?

Dadurch wird den einzelnen Ländern die Möglichkeit gegeben, spezielle Auflagen zu machen. Zum Beispiel, wie viel neu investiert werden soll, oder dass die Stromverteiler sich für Stromsparmassnahmen einsetzen müssen. Es ist wichtig, dass diese Ausnahme zum Wettbewerbsrecht in der Direktive vorgesehen ist.

Derzeit findet in Marrakesch eine Klimakonferenz statt. Was bedeutet die Liberalisierung für den Klimaschutz?

Ein großes Problem sind die ungleichen Startchancen der verschiedenen Energieträger. Wer Strom aus Kohle herstellt, verursacht hohe Klimaschäden ohne die Folgekosten tragen zu müssen. Die mit dem hohen Risiko einhergehenden Kosten der AKW werden teilweise von den Betreibern auf den Steuerzahler umgewälzt. Gegen diese indirekte Subventionierung haben es alternative Energien schwer, sie müssten besonders geschützt werden.

Für die erneuerbaren Energien gibt es eine Direktive, für die Wärme-Kraft-Kopplung noch nicht. Dabei werden Prozentanteile für Strom aus alternativen Quellen vorgeschrieben. Wie das erreicht werden soll, steht nicht drin - es ist nur eine "Leitplanke" für den freien Markt. Ich werde vorschlagen, zusätzlich ein EU-weites Förderprogramm für alternative Energien einzuleiten, zum Beispiel durch günstige Anleihen bei der Europäischen Investitionsbank.

Wie ist es mit billigem Import-Atomstrom aus Osteuropa?

Das berührt die WTO-Regeln. In den Augen der WTO ist ein Ball ein Ball, auch wenn er durch Kinderarbeit hergestellt wurde. Ebenso ist ein Kilowatt ein Kilowatt, auch wenn der Strom aus Tschernobyl kommt. Wir als Grüne möchten durchsetzen, dass nur Strom importiert wird, bei dessen Herstellung die EU-Sicherheitsstandards eingehalten werden. In diesem Punkt muss sich die EU gegen die WTO durchsetzen.

Eine - gewollte - Konsequenz der Liberalisierung sind die fallenden Strompreise. Das trägt kaum zu Einsparungen bei ...

Ja, das wird oft als verbraucherfreundlich dargestellt, doch von den fallenden Preisen haben vor allem die Großkunden profitiert. Wir müssen Anreize für Sparmaßnahmen schaffen. Und wir können vorschreiben, dass ein paar Prozent der Gewinne der Stromfirmen in Einsparprogramme investiert werden müssen. Auch eine - minimale - EU-

Energie-Steuer könnte bald eingeführt werden. Ich sehe das als einen ersten Schritt. Eine Steuer, die mit einem Schritt die Preiswahrheit herstellen würde, ist jetzt politisch nicht durchsetzbar.

Was ist der Impakt der EU-Liberalisierung auf Luxemburg?

Bisher war der Impakt gering - die Arbed als "freier" Kunde reichte, um die Direktive zu erfüllen. Wenn jetzt ganz geöffnet wird, ist es wichtig, auf den Erhalt der lokalen Strukturen zu achten. Die Stadtwerke wie in Luxemburg und Esch können eine wichtige Rolle spielen. Natürlich besteht die Gefahr, dass die Haushaltskunden von den Stadtwerken zur EDF überlaufen, weil die den Strom billiger anbietet. Deshalb bin ich auch nicht überzeugt, dass der Stromverkauf an Privathaushalte vollständig frei sein sollte. Viel sinnvoller wäre es, solche "Kleinkunden" zu bündeln, um dann mit den Herstellern gute Bedingungen auszuhandeln, die auch Umweltkriterien berücksichtigen.

Schafft das Finanzierungsmodell der Luxemburger Einspeiseprämien für Öko-Strom einen Präzedenzfall in der EU?

Ich freue mich, dass jetzt endlich die Prämien genehmigt sind, doch ich finde das deutsche Modell richtiger, die Mehrkosten des Öko-Stroms auf alle Stromkunden umzulegen. Das Modell, statt dessen den Steuerzahler für die Kosten zahlen zu lassen, entspricht einer Forderung der europäischen Stromindustrie. Doch die Luxemburger Lösung wird kaum Schule machen, denn kein anderes Land kann sich den Weg einer Finanzierung aus der Staatskasse leisten.

Die treibende Kraft hinter der EU-Stromliberalisierung ist die Wirtschaft. Haben Sie da nicht nur eine Alibi-Funktion?

Es ist schon delikant, ein solches Dossier zu übernehmen. Derzeit gibt es eine politische Mehrheit für die Liberalisierung. Die Rolle als Berichterstatter bietet die Möglichkeit, das Kräfteverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Akteuren und der Politik zu beeinflussen, zu erreichen, dass der Markt reguliert wird im Interesse der Verbraucher und der Umwelt. Das ist Realpolitik - wenn wir nicht dabei wären, hätten wir noch weniger Einfluss. Die Liberalisierung könnte auch viele Chancen für alternative Energien bieten. Andererseits besteht die Gefahr, dass am Ende ein paar übermächtige europäische Stromkonzerne mit riesigen Marketing- und PR-Etats eine Politik in ihrem Interesse diktieren.

Wird sich das verhindern lassen?

Als Berichterstatter habe ich die Federführung und einen gewissen Zugang zu den Medien. Ich werde helfen, dass zumindest eine Diskussion über die Richtung der Liberalisierung stattfindet.

Das Interview führte Raymond Klein.

kommentar

Euthanasie: Depenalisierung

Die Niederlande und Belgien haben sie schon, die straffreie Sterbehilfe. Wann kommt eine solche Regelung für Luxemburg?

Die regierende belgische Ampelkoalition ist dabei, gesellschaftspolitische Fakten zu schaffen und einen wichtigen Punkt ihres Regierungsprogramms umzusetzen. Das entspricht auch dem Willen einer Mehrheit der belgischen Bevölkerung: Eine Meinungsumfrage ergab, dass über 72 Prozent der Befragten das Regierungsprojekt zur Depenalisierung der aktiven Euthanasie unterstützen. Nach dem klaren Votum des belgischen Senats - 44 Stimmen dafür, 23 dagegen bei zwei Enthaltungen - muss das Gesetz in den kommenden Monaten noch vom belgischen Parlament verabschiedet werden - bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen sicherlich ein Leichtes.

Im Vorfeld hatten die Christdemokraten zwar argumentiert, das neue Gesetz verstoße u. a. gegen die internationale Menschenrechtskonvention. Diese Rechtsauffassung wurde jedoch durch eine umfangreiche Studie widerlegt. Somit war der Weg frei für eine mutige politische Entscheidung, die Belgien, nach den Niederlanden, zum zweiten europäischen Land macht, in dem die aktive Euthanasie unter bestimmten, gesetzlich festgelegten Bedingungen strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird.

Die belgische Vorentscheidung zur Depenalisierung der Euthanasie liegt gesellschaftspolitisch im Trend: 85 Prozent der Holländer befürworten laut rezenten Meinungsumfragen ihr Euthanasie-Gesetz, in Deutschland sind 75 Prozent für eine solche Regelung (sogar 69 Prozent der deutschen Katholiken). In der Schweiz, wo bislang die Beihilfe zum Suizid gesetzlich erlaubt ist, wird nun gleichfalls über die Depenalisierung der Euthanasie diskutiert, während in Frankreich die "Commission Nationale d'Ethique" der Regierung empfiehlt, eine "exception d'euthanasie" im Strafgesetzbuch zu verankern.

Und Luxemburg? Seit der Interpellation von "Déi Gréng" im Jahr 1996 und der Orientierungsdebatte im Mai 1999 gibt es inhaltlich eigentlich nichts Neues. Trotzdem wollen die CSV-DP-Regierungsparteien ab Januar die Diskussion in der parlamentarischen Ethikkommission neu eröffnen. Dabei lehnen CSV und die ihr nahe stehenden Kreise, die katholische Kirche, konservative Ärzte und Juristen sowie Palliativmediziner es weiterhin ab, dem Patienten, der mit seinem Leben abgeschlossen hat, das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen. Die luxemburgischen Wähler haben deshalb nur eine Wahl: Die CSV in zweieinhalb Jahren in die Opposition zu verbannen und dem belgischen Beispiel zu folgen.

Jean Huss ist der Vizepräsident der ADMD-L

Neit Wunnen

Ein Dossier zum Projekt einer Ökosiedlung in Putscheid.

Viele viele Mails ...

Es ist eigentlich ganz einfach: Administrative E-Mails sollen an admin@w maxx.lu verschickt werden, Veranstaltungstermine an agenda@w maxx.lu und Allgemeines an w maxx@w maxx.lu. Daneben haben alle W maxx-lerInnen für "persönliche" Nachrichten ihre eigenen Mail-Adressen nach dem Schema *vorname.nachname@w maxx.lu*. Vielfalt kann zu Durcheinander führen. Dass die von uns verschickten Mails teils persönliche und teils generische Absender enthalten, trägt nichts zur Klarheit bei. So kommt es bei den an uns gerichteten Nachrichten vor, dass Kochrezepte und private Einladungen unter w maxx@w maxx.lu landen statt in der persönlichen Mailbox - und Gefahr laufen, in der nächsten Ausgabe abgedruckt zu werden. Und die Mitfahrt bei der Regierungsreise nach Sansibar haben wir verpasst, weil sie an eine persönliche Adresse gegangen war und die Person gerade ... auf Reise war.



Raymond Klein (raymond.klein@w maxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@w maxx.lu), Muriel Prieur (muriel.prieur@w maxx.lu), Bibine Schulze (bibine.schulze@w maxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@w maxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@w maxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@w maxx.lu) • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Monique Ludovicy (monique.ludovicy@w maxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Druck:** Imprimerie COPE, Luxemburg • **Einzelpreis:** 60,- LUF / 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • **Postscheckkonto:** CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam GréngesSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** w maxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** w maxx@w maxx.lu • **Site:** www.w maxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79